

# AGV

**Arbeitsgemeinschaft  
katholischer  
Studentenverbände**

## **STANDPUNKTE**

**Bildung im Wettbewerb:  
Die Hochschule von morgen**

**Positionspapier der katholischen  
Studentenverbände zur Hochschule  
im 21. Jahrhundert**

# Nr. 10



**Herausgeber:**

Arbeitsgemeinschaft katholischer  
Studentenverbände (AGV) e.V.  
Luisenstr. 36  
53129 Bonn

<http://www.agvnet.de>  
[info@agvnet.de](mailto:info@agvnet.de)

ISBN-10: 3-00-018477-5  
ISBN-13: 978-3-00-018577-2

**AGV-Standpunkte Nr. 10**

# **Bildung im Wettbewerb: Die Hochschule von morgen**

Positionspapier der Arbeitsgemeinschaft katholischer Studentenverbände zur Hochschule im 21. Jahrhundert

April 2005



# Inhalt

Vorwort	7
<hr/>	
Einleitung	9
<hr/>	
I. Bildung im Spannungsfeld von Fachwissen und Persönlichkeit	10
<hr/>	
II. Wettbewerb als Gestaltungsprinzip	12
<hr/>	
III. Internationalisierung: Auf dem Weg ins Global Village	17
<hr/>	
IV. Geld ersetzt keine Reform, ist aber ihre Voraussetzung	21
<hr/>	
Über die Arbeitsgemeinschaft katholischer Stundenverbände (AGV)	25
<hr/>	



## Vorwort

**I**n der Wissensgesellschaft nimmt die Bedeutung von Bildung und Ausbildung immer mehr zu. Als Studenten sind wir tagtäglich an den Universitäten und Fachhochschulen konkret von der Situation im deutschen Hochschulwesen betroffen. Viele Mitglieder der katholischen Studentenverbände engagieren sich deshalb an den einzelnen Hochschulen, aber auch regional und überregional in der Hochschulpolitik, ja unsere Verbände selbst sind Akteure in der Diskussion um das Hochschulwesen.

Unsere Vorstellung einer Reform der deutschen Hochschulen ist jedoch nicht nur aus der studentischen Sicht

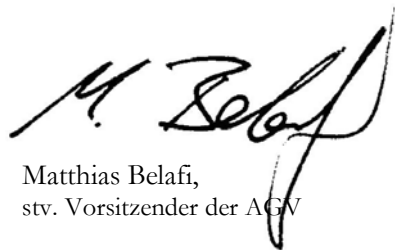
geprägt, wir stehen als katholische Korporationen vielmehr auf einem Wertfundament, das sich aus den unseren Studentenverbänden gemeinsamen Prinzipien begründet.

Vor diesem Hintergrund haben die Präsidien der in der AGV zusammengeschlossenen katholischen Studentenverbände im April 2005 das hochschulpolitische Papier „Bildung im Wettbewerb: Die Hochschule von morgen“ beschlossen. Wir möchten damit in einer Umbruchsituation der Hochschulen in unserem Land einen wertgebundenen, studentischen Beitrag zur Reformdiskussion in der deutschen Hochschulpolitik leisten.

Berlin, München im Mai 2005



Andreas Kraus,  
Vorsitzender der AGV



Matthias Belafi,  
stv. Vorsitzender der AGV

## Einleitung

Die Anforderungen an Bildung und Ausbildung haben sich durch den internationalen Wettbewerb im Zuge der Globalisierung grundsätzlich gewandelt. Die veränderten Arbeitsmarktanforderungen wirken sich tiefgreifend auf die Ausbildungsstruktur aus. Die Politik hat auf diese Herausforderungen reagiert: In der hochschulpolitischen Debatte hat sich in den letzten Jahren strukturell so viel bewegt wie seit Jahrzehnten nicht mehr. In zunehmendem Maße ist die Bereitschaft gestiegen, mit gewohnten Strukturen zu brechen und neue Wege zu gehen.

Diese Diskussionen haben den Weg geebnet, um *jetzt* die notwendigen Reformen anzugehen! Die AGV hat in diesem Papier die drängendsten Bereiche der Hochschulpolitik besonders fokussiert. Leitbild ist aber eine Betrachtung des gesamten Bildungssystems: Bildung beginnt schon im Vorschulalter und dauert das ganze Leben an. Bildungspolitische Probleme werden in Deutschland jedoch immer noch isoliert diskutiert. So werden sowohl die Herausforderungen an das

deutsche Schulwesen als auch die Hochschuldebatte jeweils unter Ausblendung der bildungspolitischen Gesamtsicht erörtert.

Die Arbeitsgemeinschaft katholischer Studentenverbände (AGV) versteht deshalb ihren Beitrag zur Hochschuldebatte als Teil einer umfassenden Reformdiskussion des gesamten Bildungswesens. Als katholische Studentenverbände fühlen wir uns aus dem christlichen Glauben und unserer gesellschaftlichen Verantwortung heraus auch in besonderem Maße unseren Universitäten als dem derzeitigen Ort unseres Wirkens verpflichtet. Die AGV möchte deshalb den Reformprozeß der deutschen Bildungslandschaft, insbesondere im Hochschulwesen, im Sinne der katholischen Soziallehre mitgestalten. Dies bedeutet vor allem eine Ausrichtung auf Subsidiarität und Solidarität.

Die AGV legt ihre Vorschläge für die Hochschule von morgen in diesem Positionspapier dar, das sich an den vier Stichworten Bildungsauftrag, Wettbewerb, Internationalisierung und Finanzierung orientiert.

# I. Bildung im Spannungsfeld von Fachwissen und Persönlichkeit

1. Die akademische Ausbildung an deutschen Hochschulen ist ein elementarer Abschnitt im Leben junger Menschen. Sie hat nicht nur zum Ziel, junge Menschen durch Vermittlung von Fachwissen auf den Beruf vorzubereiten, sondern ist vielmehr auch von persönlichkeitsbildenden Strukturen geprägt. Diese umfassen sowohl die Anrechnung von außer- und inneruniversitärem Engagement als auch die Möglichkeit, über den Tellerrand des eigenen Faches hinauszusehen. Die akademische Ausbildung besteht demnach aus zwei Komponenten: Vermittlung von Fachwissen und Persönlichkeitsbildung.

2. Die Hochschulen sollen ein Vorbild für die Gesellschaft sein. Sie erhalten durch ihren öffentlichen Bildungsauftrag die Aufgabe, der Gesellschaft gegenüber verantwortungsbewußte Akademiker auszubilden. Diesen Auftrag können die Hochschulen nur dann erfüllen, wenn eine konstruktive und kontinuierliche Diskussion über die Ziele und Werte der Ausbildung stattfindet, deren erstes und wichtigstes Ziel ein konsensfähiges Leitbild ist. Dabei muß

das Ziel der Hochschulausbildungsreformen ein gestrafftes Studium sein, das eine umfassende Berufs- und Lebensvorbereitung darstellt.

*Humboldt ist tot,  
aber sein Erbe ist lebendig*

3. Nach unserer Auffassung sind Universitäten die Stätten von Forschung und Lehre. Diese Einheit darf nicht aufgegeben werden. Die akademische Ausbildung ist kontinuierlich darauf zu überprüfen, welche Studieninhalte für den Berufsstart unbedingt erforderlich sind. Selbst bei der angestrebten Studienzeitverkürzung dürfen die Studieninhalte nicht verarmen. Auch kürzere Studien und schnellere Abschlüsse im Zuge des Bologna-Prozesses müssen persönlichkeitsbildende Elemente enthalten. Ein wichtiger Aspekt für die Persönlichkeitsbildung ist die Wahl des Studienortes: Heimatferne Hochschulorte, Hochschulwechsel und Auslandsaufenthalte sind prägende Elemente des Studiums, die im Ermessen des einzelnen Studenten stehen.

### ***Persönlichkeiten statt Personen***

4. Eine Person ist die Gesamtheit der persönlichen Eigenschaften eines Menschen, die den Charakter eines Individuums ausmachen. Bildung verändert nicht nur den Wissensstand eines Menschen, sondern bewirkt holistische Veränderungen. In der aktuellen Situation ist unserer Ansicht nach nicht darauf eingegangen worden, daß eine gute akademische Ausbildung einen „reifen“ Menschen in die Berufswelt entlassen soll. Vielmehr deuten die aktuellen Entwicklungen darauf hin, daß die gewünschte und notwendige Verkürzung der Ausbildungsdauer zu Lasten der Persönlichkeitsbildung geht. Diese Tendenz gilt es mit Nachdruck zu vermeiden. Ein rein auf Fachwissen getrimmtes Studium fördert die Persönlichkeit des Studenten nicht. Dabei gibt es vorbildliche Strukturen, die es dem Studenten ermöglichen, „über den Tellerrand“ zu sehen: In der Schweiz haben Universitäten in den Prüfungsordnungen festgelegt, daß ein Viertel aller examensrelevanten Fächer fakultätsfremde Leistungen sein müssen. Das Ergebnis dieser Bemühungen ist, daß Absolventen in der Lage sind, nicht nur mit Kollegen ihrer Fachrichtung zu kommunizieren, sondern schon bei der Be-

rufseinführung die Fähigkeit zu fachbereichsübergreifender Kommunikation besitzen. Immer wichtiger wird auch eine „ethische Ausbildung“, die den Studenten zu einem verantwortungsvollen Umgang mit neuen Forschungsergebnissen und -methoden sowie deren Konsequenzen befähigt.

### ***Hochschulen müssen weiterbilden***

5. Nicht nur die Vorbereitung auf die akademische Ausbildung ist ein wichtiger Bereich, auch die nachgelagerte, weiterführende und vertiefende Fortbildung gewinnt an Bedeutung: An den Universitäten sind Strukturen zu bilden, die im Beruf stehenden Akademikern eine Fortbildung ermöglichen. Dieser Sektor wird von den Hochschulen zur Zeit nicht genügend wahrgenommen. Aus unserer Sicht sollten Hochschulen die Kooperation mit Unternehmen hinsichtlich Aus-, Fort- und Weiterbildung für Akademiker forcieren und gemeinsam Konzepte zur Zusammenarbeit entwickeln. Die Weiterbildung berufstätiger Akademiker kann übrigens auch einen Teil zur finanziellen Ausstattung der Hochschulen beitragen.

## II. Wettbewerb als Gestaltungsprinzip

6. Für die Qualitäts- und Effizienzsteigerung der universitären Forschung und Ausbildung ist vor allen Dingen ein stärkerer Wettbewerb im Hochschulsystem notwendig. Dieser Wettbewerb muß sich auf allen Ebenen vollziehen: zwischen den Bundesländern und ihren landesspezifischen hochschulpolitischen Weichenstellungen, zwischen den Universitäten, die um die besten Köpfe – sowohl der Studenten als auch der Professoren – werben, und zwischen den Fakultäten, die sich im direkten Fachvergleich messen können. Dieser Wettbewerb ist auch Ausdruck des Subsidiaritätsprinzips: statt bisheriger starrer Regelungen sollte in Zukunft den jeweiligen Ebenen (Ländern, Hochschulen, Fakultäten) die Freiheit gegeben werden, Dinge zu regeln, die sie sehr gut alleine bestimmen können.

### ***Wettbewerb heißt Ungleichheit***

7. Wettbewerb heißt mithin, daß in verschiedenen Ländern und an verschiedenen Universitäten auch unterschiedliche Verhältnisse herrschen.

Das klingt selbstverständlich, doch manche Bundesländer und Parteien fordern einerseits den Wettbewerb, wehren sich aber andererseits, wenn es um konkrete Fragen (z. B. bei Studiengebühren) geht, massiv dagegen, daß es unterschiedliche Regelungen in Deutschland gibt. Der Wunsch, letztlich müsse doch überall alles gleich oder zumindest gleichwertig geregelt sein, läßt sich jedoch nicht mit der Wettbewerbsforderung vereinbaren, wenn der Wettbewerb zu einem Innovationsmotor des Hochschulsystems und nicht zu einem Lippenbekenntnis werden soll. Diesen Fakt anzuerkennen, ist notwendiger Bestandteil einer wahrhaftigen hochschulpolitischen Debatte.

### ***Mehr Kompetenzen für die Länder***

8. Voraussetzung des Wettbewerbs ist indes, daß die verschiedenen Ebenen und Institutionen auch die Möglichkeit besitzen, in einem gewissen Rahmen verschiedene Fragen nach ihren Vorstellungen regeln zu können. Auf der politischen Ebene des

Föderalismus bedeutet dies, den Bundesländern wieder mehr Spielraum in der Hochschulpolitik zu ermöglichen. Die AGV begrüßt mithin die Entwicklung, hochschulpolitische Entscheidungsmöglichkeiten auf die Länder rückzuführen, die unter anderem durch die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur Juniorprofessur und zum Hochschulrahmengesetz in Gang gebracht wurden. Die AGV bedauert jedoch nachdrücklich, daß die Föderalismuskommission wegen des Themas Bildungspolitik zu keinem Ergebnis kommen konnte. Gerade in diesem Politikfeld sind Fortschritte in der Aufgabentrennung von Bund und Ländern besonders erforderlich.

***Hochschulen Raum Geben:***  
***HRG abschaffen***

9. Die Rückverlagerung hochschulpolitischer Kompetenzen auf die Länder sollte in der Abschaffung des Hochschulrahmengesetzes ihren Ausdruck finden. Dieses Gesetz hat sich bisher nur zu einem Einfallstor des Bundes erwiesen, Kompetenzen an sich zu ziehen, die letztlich besser bei den Bundesländern aufgehoben sind. Eine Abschaffung des Hochschulrahmengesetzes würde den Bundesländern neue Wege eröffnen,

eigene Impulse in der Hochschulpolitik zu setzen und somit den Wettbewerb um die besten Ideen und Strukturen im hochschulpolitischen Raum zu fördern. Die Bundesländer sind aber auch in der Pflicht, die durch die neuesten Verfassungsgerichtsurteile geschaffenen Freiräume zu nutzen, um die Reform des Hochschulwesens weiter zu beschleunigen. Ein Rückzug des Bundes aus der Hochschulpolitik darf aber selbstverständlich nicht mit dem Wegfall der bisher von ihm bereitgestellten Finanzmittel einhergehen. Diese müssen entweder den Ländern zugewiesen werden oder entsprechende Einnahmen müssen für die Länder durch eine Finanzreform sichergestellt werden.

***Endlich erwachsen!***  
***Universitäten reif für Autonomie***

10. Wenn man den Universitäten die Kompetenzen einräumen möchte, die zum Erreichen eines produktiven Wettbewerbs zwischen den Universitäten notwendig sind, dann muß die Autonomie der Hochschulen weiter gestärkt werden. Dies bezieht sich explizit auch auf das Recht der Studentenauswahl und der Verhandlungen über die Entlohnung der Professoren. Im Rahmen der Finanzautonomie sollen die Universitäten ü-

ber die staatlichen Finanzmittel und die eingeworbenen Drittmittel frei verfügen können; die Aufgabe des Staates soll hier auf eine reine Kontrollfunktion reduziert werden. Auch die Fakultäten und die Rolle der Dekane sollten an den Hochschulen gestärkt werden. Schließlich wird auf der Ebene der Fakultäten Forschung und Lehre betrieben, und im Fachvergleich müssen die Fakultäten der unterschiedlichen Universitäten miteinander konkurrieren. Insofern ist eine Universität immer nur so stark wie ihre Fakultäten. Es ist aber ein Irrglaube, davon auszugehen, daß eine Hochschule in allen Fachbereichen gleich gut sein kann. Durch bestimmte starke Fächer bildet eine Universität ihr Profil aus; somit existiert bereits heute ein ausgeprägter Wettbewerb zwischen den Hochschulen, nämlich bezogen auf jedes Fach. Der Versuch der Bundesregierung, Eliteuniversitäten zu schaffen, ging dagegen von einer falschen Prämisse aus, weil er bestimmte Universitäten in *allen* Fächern aufwerten wollte. Dieser Versuch ist nicht nur zum Scheitern verurteilt, sondern auch dem bestehenden Wettbewerb zwischen den Fachbereichen verschiedener Universitäten abträglich. Lassen wir die Universitäten mit ihren jeweiligen Stärken in eine realistische Konkurrenz treten!

***Lernende und Lehrende:  
Der Wettbewerb um  
die besten Köpfe***

11. Zum Wettbewerb gehört auch der Wettbewerb um die besten Köpfe. Für die Universitäten bedeutet das aber immer mehr den Wettbewerb um die besten Studenten! Die AGV fordert nachdrücklich, das System der Studentenauswahl freier zu gestalten. Studenten sollen sich direkt bei den von ihnen bevorzugten Universitäten bewerben können, und die Universitäten sollen direkt die von ihnen bevorzugten Studenten zum Studium zulassen können. So entsteht ein Wettbewerb um die besten Köpfe und um die besten Universitäten bzw. deren Fakultäten! Das Verteilungssystem der Zentralen Vergabestelle für Studienplätze (ZVS) ist anachronistisch und wettbewerbsfeindlich. Die AGV plädiert deshalb dafür, die ZVS ganz aufzulösen.

12. Auch beim Wettbewerb um die besten Forscher und Lehrkräfte sollten die Universitäten mehr Freiraum erhalten. Dafür ist unbedingt eine Öffnung des Beamtenrechts erforderlich. Wir begrüßen u. a. die Initiative Hessens, an der TU Darmstadt auf die Verbeamtung der Professoren bei Erstberufungen zukünftig zu verzichten und damit eine leistungsbe-

zogene Bezahlung und Anstellungsdauer der Professoren möglich zu machen. Dabei darf die Leistung der Professoren aber keineswegs nur an der Forschung ausgerichtet werden. Einen besonders großen Anteil an der Beurteilung muß auch die Lehre erhalten, die einer besonderen Evaluierung bedarf.

13. Die Universitäten sollten auch die Möglichkeit erhalten, selbst Gehälter mit ihren Professoren auszuhandeln. Bei solchen Verhandlungen (wie auch bei der Genehmigung von Nebentätigkeiten etc.) kann und muß auch Einfluß auf die Präsenz der Professoren an der Hochschule genommen werden, damit sie in höherem Maße für die Studenten erreichbar und ansprechbar sind. Die Präsenz und Ansprechbarkeit für die Studenten muß in Zukunft eine größere Bedeutung erhalten, wenn sich die Betreuung der Studenten in Deutschland verbessern soll. Ebenso müssen die Berufungsverfahren zeitlich gestrafft und vereinfacht werden, um lange Leerläufe zu vermeiden. Maßnahmen in diesem Bereich müßten aber vor allem bei den Universitätsgremien ansetzen.

### ***Staatliche Hochschulen unter Innovationsdruck***

14. Die chronische Unterfinanzierung und der damit zusammenhängende enorme Reformstau im deutschen Hochschulwesen haben in den letzten Jahren zu einer großen Zahl von Gründungen privater Hochschulen geführt. Dies ist insofern begrüßenswert, als diese privaten und an ökonomischen Richtlinien orientierten Institutionen in vielen Bereichen Neuerungen eingeführt haben, die teilweise auch Tabus der deutschen Hochschulpolitik gebrochen und nun eine Leuchtturmfunktion in der deutschen Universitätslandschaft haben. Private Universitätsgründungen haben als Innovationsmotor die hochschulpolitische Debatte wesentlich mit angestoßen und beeinflusst. Somit haben die privaten Universitäten ihren Platz und ihre wichtige Innovationsfunktion in der Hochschullandschaft gefunden. Dennoch müßte ein weiteres Anwachsen der Zahl privater Institutionen kritisch verfolgt werden. Letztlich darf die Diskrepanz zwischen der akademischen Ausbildung an privaten und staatlichen Hochschulen nicht zu groß werden. Auch der Staat muß eine Hochschulbildung auf hohem Niveau garantieren. Eine Entwicklung dahingehend, daß ein privater

Abschluß automatisch höherwertig anzusehen ist als ein Examen an staatlichen Hochschulen, ist für die katholischen Studentenverbände inakzeptabel.

15. Wir begrüßen deshalb, daß einige Bundesländer bereits jetzt eine innovative Funktion in der Hochschulpolitik übernommen haben. Die angestoßenen Modelle (wie z. B. Hessen, wo die TU Darmstadt zur Modelluniversität mit umfassend reformierten Strukturen und Kompetenzen umgebaut wurde) müssen ebenso erfolgreich werden. Daraus gewonnene Erkenntnisse müssen baldmöglichst auf weitere Universitäten angewandt werden, wie es das TU Darmstadt-Gesetz vorsieht. Aber auch andere Bundesländer sollten aus den Erfahrungen der Vorreiter lernen und erfolgreich erprobte Innovationen im Hochschulsystem umsetzen.

### ***Diversität der Hochschullandschaft***

16. Die scharfe Trennung von Universitäten, Fachhochschulen und Berufsakademien löst sich immer mehr auf. Mittlerweile konkurrieren nicht nur Universitäten untereinander. Oftmals ist die Qualität der Aus-

bildung an anderen Hochschulformen so hoch, daß diese mit Universitäten im Wettbewerb um Studenten stehen. Viele Universitäten können heute auch von Fachhochschulen lernen. Dennoch sollte angesichts dieser Entwicklung immer auch der Bildungsauftrag der jeweiligen Hochschulart in Erinnerung gerufen werden: Die einzelnen Profile müssen geschärft und Unterschiede herausgearbeitet werden. Dabei müssen die Universitäten ihr Augenmerk auf den besonderen akademischen Auftrag legen. Die unterschiedlichen Profile müssen auch frühzeitig in der Schule den Abiturienten vermittelt werden.

### ***Die Handbremse lösen, aber nicht ausbauen***

17. Der Wettbewerb zwischen Ländern und Universitäten wird unserer Auffassung nach Verbesserungen in das deutsche Hochschulsystem bringen. Mehr Freiheit und mehr Wettbewerb werden das überregulierte Hochschulwesen international wieder mit nach vorne bringen. Von den verbesserten Hochschulen werden dann auch die Studenten profitieren, die besser ausgebildet auf den Arbeitsmarkt kommen. Weil es derzeit zu wenig Wettbewerb im Hochschulsystem gibt, müssen wir ihn verstär-

ken. Er ist aber kein Selbstzweck, er darf nicht alles dominieren, sondern soll den Studenten, der Forschung und damit auch der Gesellschaft und der Wirtschaft nützen. Wachsamkeit ist deshalb angebracht, damit das Pendel nicht ins andere Extrem hin zu einem vollkommen freien Markt ohne Kontrollen ausschlägt. Wir müssen die sprichwörtliche Handbremse lösen, die den Hochschulwettbewerb behindert, dürfen sie aber nicht ganz ausbauen. Auch der Wettbewerb im Hochschulbereich muß deshalb ständig der kritischen Beobachtung der gesellschaftlichen Kräfte unterliegen. Diese Beobachtung ist nicht nur eine allgemeine Aufgabe, sondern umfaßt auch konkrete Maßnahmen wie die Akkreditierung von Studiengängen.

***Universitäten sind  
keine Unternehmen***

18. Die AGV ist davon überzeugt, daß ein stärkerer Wettbewerb dem Hochschulwesen nutzen wird. Wir betonen aber auch, daß eine Ökonomisierung nicht Allheilmittel der Universitäten ist. Hochschulen bleiben immer Institutionen, die zwar im Innern nach dem Prinzip der Wirtschaftlichkeit arbeiten sollen, aber keinen Gewinn erwirtschaften und

deshalb immer auf Zuschüsse angewiesen sein werden. Hochschulen haben wegen ihrer wissenschaftlichen Ausrichtung und ihres Bildungsauftrages einen Selbstzweck; sie sind keineswegs nur ein Mittel der Wirtschaftspolitik. Deshalb warnen wir davor, alle Universitätsbereiche dem Primat der Wirtschaft zu unterwerfen. Sogenannte Orchideenfächer bergen Potentiale und haben deshalb ihre Berechtigung, auch wenn sie zumeist nicht ganz wirtschaftlich betrieben werden können. Es darf deshalb unter dem Ziel der Wirtschaftlichkeit keineswegs zu einer Verarmung der Fächerlandschaft kommen.

### III. Internationalisierung: Auf dem Weg ins Global Village

19. Im Zuge der Globalisierung rücken die Staaten und Gesellschaften dieser Welt näher zusammen. Die dabei entstehende Globalisierung des Arbeitsmarktes erfordert immer größere Erfahrungen im internationalen Bereich, beispielsweise durch den Austausch mit anderen Ländern in Form von Auslandsaufenthalten deutscher Studenten, den Erwerb von Sprachkenntnissen etc. Es ist aber genauso notwendig, mehr Ausländer für ein Studium in Deutschland zu gewinnen. Aus beiden Aspekten ergibt sich die Notwendigkeit, eine Durchlässigkeit und Vergleichbarkeit der Hochschulsysteme zu erreichen. Dazu hat die Europäische Union mit dem Ziel, einen Europäischen Hochschulraum zu schaffen, bereits Vorarbeit geleistet.

#### *Pisa oder Bologna – Hauptsache Italien*

20. Die AGV bedauert jedoch, daß die Einführung der gestuften Abschlüsse „Bachelor“ und „Master“ im Rahmen der Schaffung dieses Europäischen Hochschulraumes unter

dem Schlagwort des „Bologna-Prozesses“ ohne größere öffentliche Diskussion vonstatten gegangen ist. Die damit einhergehende Abschaffung von zum Teil jahrhundertlang bewährten Abschlüssen der deutschen Hochschulen wird noch bedauert werden. Wegen der mangelnden Debatte sind auch die Vor- und Nachteile dieser Umstellung gesellschaftlich noch unzureichend diskutiert worden. Eine Differenzierung, in welchen Fächern die Umstellung auf neue Abschlüsse sinnvoll und wünschenswert ist, wäre bei der Einführung des Systems dringend nötig gewesen. Erst langsam zeigen die Beschlüsse, den Master sowohl in den ingenieurwissenschaftlichen Fächern als auch in evangelischer Theologie zum Regelabschluß zu erklären, welche unausgegrenzte und nachteilige Reform hier den Universitäten aufgebürdet wird. Die ursprünglich angestrebte Verkürzung der Studienzzeit findet also in vielen Fällen gar nicht statt.

21. Dort wo die gestuften Abschlüsse eingeführt worden sind, muß nun aber auch die Konzeption der Studiengänge überarbeitet wer-

den. Eine Umwidmung des Vordiploms bzw. der Zwischenprüfung in den Bachelor und des Diploms bzw. Magisters in den Master reicht keineswegs aus. Die Feststellung britischer und amerikanischer Behörden, den deutschen Bachelor nicht als Grundlage eines Masterstudiums in ihren Ländern zuzulassen, beweist die Unzulänglichkeit der bisherigen Umstrukturierungsversuche. Daß der eingeschlagene Weg dennoch weiter beschritten wird, ist den katholischen Studentenverbänden völlig unverständlich. Die deutsche Tradition in handwerklicher und akademischer Ausbildung ist in seiner derzeitigen Form international anerkannt, aber inkompatibel zum anglo-amerikanischen Mastersystem. Eine erfolgreiche Einführung der zweigestuften Ausbildung verlangt nach einer umfassenden Reform des gesamten Ausbildungssystems. Soweit bei der Umstellung noch nicht erfolgt, ist deshalb eine völlige Neukonzeption der Studiengänge vonnöten, die das Bachelorstudium zu einem wirklich berufsbefähigenden Abschluß macht. Wir fordern aber auch von der Wirtschaft, die namentlich die Studienzeitverkürzung bis zum Bachelor unterstützt hat, eine tatsächliche Nachfrage nach Absolventen mit den neuen Abschlüssen.

### ***Bologna: Mehr als der Bachelor***

22. Der Bologna-Prozeß zur Erreichung eines Europäischen Hochschulraumes umfaßt auch andere Komponenten, die wesentlich stärker zur Geltung kommen müssen: Insbesondere transparente Leistungen an den Hochschulen einerseits und Qualitätssicherung andererseits müssen weiter in den Vordergrund rücken. Hier bedarf es einer besonderen und intensiven Vertiefung der europäischen Zusammenarbeit.

### ***Go anywhere but go!***

23. Ein Auslandsaufenthalt während des Studiums wird von der Kür immer mehr zur Pflicht. Die katholischen Studentenverbände fordern deshalb ihre Mitglieder und alle Studenten auf, mindestens ein oder zwei Semester an einer ausländischen Hochschule zu verbringen oder Auslandspraktika zu absolvieren. Viele Hochschulen unterhalten vorbildliche Partnerschaften mit Universitäten im Ausland und nutzen die Möglichkeiten europäischer Programme. Dabei ist vor allem die Anerkennung der im Ausland erbrachten Leistungen notwendig. Die AGV plädiert deshalb für die Einführung des Euro-

päischen Kreditpunktesystems in weiteren Fächern.

### ***Verständigen heißt verstehen***

24. Auslandsaufenthalte dienen dem Verstehen anderer Kulturen sowie dem Erlernen oder Vertiefen anderer Sprachen. Das Gros der Sprachkenntnisse muß aber in Deutschland erlernt werden. Die AGV spricht sich deshalb nachdrücklich für eine stärkere Sprachausbildung der Studenten aus. Es ist evident, daß deutsche Studenten im Vergleich mit unseren Nachbarn, insbesondere aus den neuen Mitgliedstaaten der EU, bezüglich der Sprachkenntnisse zurückliegen. Große Versäumnisse in der Spracherlernung sind bereits im Schulwesen zu suchen; hier wäre ein Gegensteuern – wie überhaupt in der Gesamtvorbereitung auf ein akademisches Studium – dringend angeraten.

### ***Deutschland als internationalen Hochschulstandort stärken***

25. Zur Internationalisierung gehört aber auch, mehr ausländische Studenten für ein Studium an deutschen Universitäten zu gewinnen. Die in

der Studentenzeit gewonnenen sprachlichen und persönlichen Beziehungen wirken sich später positiv auf politische und wirtschaftliche Handlungsweisen aus. So wird die Anwesenheit ausländischer Studenten nicht nur zu einer Bereicherung der Universität, sondern auch zu einem bedeutenden Zukunftsfaktor. Es muß deshalb bedenklich stimmen, daß die überwiegende Mehrzahl ausländischer Studenten ein Studium im anglo-amerikanischen Raum für wesentlich erstrebenswerter hält als einen Aufenthalt in Deutschland. Gerade zu den Eliten anderer Länder wäre ein solcher Kontakt aber notwendig. Unser Land kann deshalb nicht damit zufrieden sein, eine große Anzahl von Ausländern für ein Studium in Deutschland zu gewinnen, die den Vorteil lediglich in der kostenlosen Ausbildung sehen. Wir müssen zudem auch in den Wettbewerb um die international besten Köpfe eintreten. Der beste Weg dazu ist, die Universitäten wieder konkurrenzfähig zu machen – durch eine bessere finanzielle Ausstattung und eine intensivere Betreuung der Studenten. Ein solches Werben bedeutet aber auch, speziell die Bedingungen für Ausländer zu verbessern. Dazu muß den ausländischen Studenten beispielsweise geeigneter Wohnraum angeboten werden. Notwendig ist aber vor allem, büro-

kratische Hürden für ein Studium in Deutschland abzubauen.

26. Ein wichtiger Bestandteil der Auslandsarbeit deutscher Universitäten sind auch Kooperationen mit Hochschulen in anderen Ländern. Einige Hochschulen gehen hier mit intensiven Plänen voran. Diese Stärkung des Netzwerkgedankens auf internationaler Ebene fördert den Studentenaustausch in beide Richtungen.

## IV. Geld ersetzt keine Reform, ist aber ihre Voraussetzung

27. Trotz der großen Reformbemühungen der vergangenen Jahre im Hochschulbereich hat sich die finanzielle Ausstattung der Universitäten nicht verbessert. Seitdem die AGV im Jahr 2001 in einem Positionspapier zur Hochschulfinanzierung die chronische Unterfinanzierung der deutschen Universitäten bemängelt hat, ist keine merkliche Verbesserung der Finanzausstattung festzustellen. Einzelprogramme und Ankündigungen mögen zwar vorgenommen worden sein, beim Gros der deutschen Hochschulen zeichnet sich jedoch eine weitere Verschlechterung ab. Dieser Trend muß endlich umgekehrt werden, wenn die deutschen Hochschulen leistungsfähig bleiben und ihren internationalen Stellenwert wiedererlangen sollen.

### ***Drei Säulen: Die Unterfinanzierung der Hochschulen beenden***

28. Die Politik ist dabei in zweierlei Hinsicht gefordert: Sie muß zum einen eine Strukturreform der Hochschulfinanzierung durchsetzen, zum anderen muß der Staat aber auch die Grundfinanzierung garantieren. Die AGV

spricht sich grundsätzlich für drei Säulen der Hochschulfinanzierung aus: die staatliche Grundfinanzierung als erste und wichtigste Stütze, den Finanzbeitrag der Studenten als zweite Säule und Drittmittel als dritten Pfeiler der Finanzausstattung.

29. Der Staat hat die Grundfinanzierung der Hochschulen sicherzustellen. Er darf sich nicht unter Hinweis auf die finanzielle Verbreiterung durch die anderen beiden Säulen aus seiner Verantwortung zurücknehmen. Nachdem über Jahrzehnte die Ausgaben für Hochschulen mit dem Wachstum der Universitäten nicht mitgehalten haben, besteht für eine Kürzung der öffentlichen Mittel kein Spielraum. Die AGV hat sich mehrfach für eine leistungsorientierte Hochschulfinanzierung ausgesprochen. Hierbei sollen sich die staatlichen Mittel den Hochschulen nach Maßgabe der in Forschung und Lehre sowie bei der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses erbrachten Leistungen orientieren.

### ***Keine Studiengebühren sind unsozial***

30. Die Statistik zeigt, daß Kinder aus bildungsferneren Schichten bislang in geringerer Anzahl ein Studium aufnehmen. Das ist unter dem Aspekt der Chancengleichheit höchst unsozial. Chancengerechtigkeit hängt dabei nicht nur von den finanziellen Voraussetzungen ab; auch die Bereitschaft zum Studium muß bei Kindern aus weniger finanzstarken Familien gefördert werden. Unser Land, dessen einziger Rohstoff – mittlerweile schon sprichwörtlich – das Wissen seiner Menschen ist, kann es sich aber auch nicht leisten, auf die bestmögliche Ausbildung kluger Köpfe zu verzichten. Die komplette Finanzierung des Studiums von Kindern aus finanzkräftigeren Schichten durch die Allgemeinheit ist aber auch unsozial. Es muß also ein Weg gefunden werden, an der Studienfinanzierung diejenigen zu beteiligen, die später auch finanziell von dieser Ausbildung profitieren. Mit Studiengebühren wird erstmals eine vertragsähnliche Beziehung zwischen Universitäten und Studenten etabliert. Die Studenten sollen deshalb als „Kunden“ gewisse Leistungen der Hochschulen in der Lehre auch einfordern können.

31. Die AGV hat sich bereits 2001 einem Finanzierungsbeitrag der Stu-

denten nicht verweigert. Sie hat damals aber strenge Kriterien angelegt, unter denen Studiengebühren möglich sein sollten: „Studiengebühren dürfen zu keinen sozialen Härten führen, Studiengebühren müssen den Universitäten direkt und ungekürzt zufließen, und die Hochschulen müssen ein besseres Leistungsangebot unterbreiten“ (AGV-Positionspapier „Bessere Hochschulfinanzierung – Leistungsfähigere Hochschulen“ vom Dezember 2001, S. 2).

Diese drei Anforderungen bleiben absolut zwingende Vorraussetzungen für die Einführung von Studiengebühren. Werden sie nicht erfüllt, so lehnt die AGV die Einführung der Gebühren ab. Sinnvoll ist die ausschließliche Verwendung der Einnahmen aus Studienbeiträgen für den Ausbau und die Verbesserung der Lehre, z. B. für Tutorien etc.

### ***Das australische Modell als Favorit***

32. Innerhalb der verschiedenen Vorschläge zur Ausgestaltung von Studiengebühren sprechen sich die katholischen Studentenverbände für ein Modell nachgelagerter Gebühren aus (australisches Modell). Dessen Modalitäten erscheinen uns besonders sozialverträglich: Studenten erhalten zu Be-

ginn ihres Studiums ein virtuelles Konto, mit dem anfallende Studiengebühren bezahlt werden können. Der Betrag entspricht dem Produkt aus der Semestergebühr multipliziert mit der 1,35fachen Regelstudiensemesterzahl. Ziel muß es unseres Erachtens aber sein, durch eine Verbesserung der Lehre die Einhaltung der Regelstudienzeit in Zukunft besser zu ermöglichen, so daß der Betrag des virtuellen Kontos nur noch die Gebühren der Regelstudienzeit abdeckt. Übersteigt die Studiendauer die Anzahl der vorfinanzierten Semester, so müssen die „Langzeitstudenten“ weiterhin die Studiengebühren zahlen, die sofort fällig sind.

33. Es ist zu prüfen, ob die Höhe der Studiengebühren von der Höhe der entstehenden Kosten des jeweiligen Fachstudiums abhängig gemacht und von den Universitäten festgelegt werden soll. Für den Anfang erscheint uns jedenfalls eine einheitliche Gebühr von 1.200 Euro pro Studienjahr als möglicher Weg. Die Rückzahlung des Darlehens erfolgt mit dem Einstieg ins Berufsleben und nur dann, wenn ein bestimmtes Mindesteinkommen erreicht wird. Die Höhe der Raten richtet sich dabei nach der Höhe des Einkommens. Zur Finanzierung der Lebenshaltungskosten bleiben die bekannten zusätzlichen privaten bzw. öffentlichen Förderungen wie beispielsweise BAföG erhalten. Damit die spätere finan-

zielle Belastung aber nicht zu hoch wird, soll über ein Höchstmaß der Rückzahlungen nachgedacht werden. Zusätzlich ist das Stipendienwesen auszubauen, um eine finanzielle Förderung Hochbegabter sicherzustellen.

### ***Wirtschaft und Absolventen als Partner der Universitäten***

34. Bei der Hochschulfinanzierung der Zukunft muß auch die Drittmittelgewinnung verstärkt werden. Die Universitäten haben schon neue Wege eingeschlagen, die über die klassische Drittmittelforschung hinausgehen. Hier ist aber weiterhin Eigeninitiative der Universitäten gefordert, auch im Bereich Fundraising und Sponsoring. Die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft muß verantwortungsvoll weiterentwickelt werden: mit Public Private Partnerships können neue Wege beschritten werden; verstärkt sollten auch Stiftungslehrstühle eingeworben werden.

35. Ehemalige Absolventen der Hochschulen sollten u. a. mit Alumnivereinen zukünftig enger mit ihrer „alma mater“ verbunden werden. Denn die Bindung ehemaliger Studenten an ihre Hochschule ist für die Einwerbung finanzieller Mittel besonders interessant. Die Hochschulen haben dies bemerkt und mit entsprechenden

Vereinsgründungen darauf reagiert. Seit 150 Jahren pflegen unsere Verbände nunmehr das Lebensbundprinzip als ein tragendes Element, das die ehemaligen Studenten auch über ihre Studienzeit hinaus mit ihrer Universität und Studienstadt verbindet. Es ist insofern bedauerlich, daß den deutschen Hochschulen diese Kultur verlorengegangen ist und der Alumnigedanke nun erst wieder aus den Vereinigten Staaten „re-importiert“ wird. Dies ist aber auch ein Zeichen dafür, daß die Universitäten die Ressourcen der Korporationen zu wenig nutzen.

# Über die Arbeitsgemeinschaft katholischer Studentenverbände (AGV)

## *Zusammensetzung*

Die AGV ist der Zusammenschluß von zur Zeit sieben katholischen Studentenverbänden in der Bundesrepublik Deutschland:

- **CV** Cartellverband der katholischen deutschen Studentenverbindungen
- **KV** Kartellverband katholischer deutscher Studentenvereine
- **UV** Verband der wissenschaftlichen katholischen Studentenvereine UNITAS
- **RKDB** Ring Katholischer Deutscher Burschenschaften
- **TCV** Technischer Cartell-Verband
- **HAG** Hochschulring der Ackermann-Gemeinde
- **OSCO** Overseas Students Coordination

Die AGV repräsentiert in ihren Mitgliedsverbänden rund 10.000 organisierte katholische Studenten an fast allen Universitäten, Fachhochschulen und Gesamthochschulen in der Bundesrepublik Deutschland.

## *Entstehung*

Bereits im Jahr 1926 schlossen sich die katholischen Studentenverbände zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammen, um gemeinsame Interessen nach innen und außen effizienter zu vertreten. Nach der Selbstaflösung bzw. dem Verbot als staatsfeindliche Organisationen im Dritten Reich war nach dem Zweiten Weltkrieg 1947 mit der Gründung der Katholischen Deutschen Studenten-Einigung (KDSE) der Versuch unternommen worden, der gesamten katholischen deutschen Studentenschaft eine neue Struktur zu geben. Damit sollte die Pastoral an den Hochschulen gefördert und die gesellschaftliche Stellung der katholischen Studierenden gestärkt werden. Die Zusammenarbeit funktionierte bis Ende der sechziger Jahre, als die Studentenbewegung auch ihre Auswirkungen auf die Hochschulgemeinden hatte. 1969 kam es zur Trennung der Verbände von der KDSE und sie schlossen sich am 13. November 1969 wieder zur Arbeitsgemeinschaft katholischer Studentenverbände (AkStV) zusammen.

Im März 1973 beschloß die Deutsche Bischofskonferenz schließlich eine Neuordnung der Präsenz der Kirche im Hochschulbereich. Es wurde eine „Arbeitsstelle für pastorale Arbeit im Hochschulbereich“ eingerichtet; ferner wurde je eine Arbeitsgemeinschaft für die Gemeinden und die Verbände vorgeschlagen. Die Arbeitsgemeinschaft der Gemeinden (AGG) wurde am 1. Dezember 1973 gegründet. Die Verbände folgten am 18. Juli 1974, indem sich die AkStV in anderer Form neu konstituierte, mit dem Kürzel „AGV“, um damit die Arbeitsgemeinschaft der Verbände als zweite Säule neben der AGG deutlich zu machen.

### *Ziele*

Die AGV will die Zusammenarbeit der katholischen Studenten und ihrer Verbände zur Förderung und Stärkung des katholischen akademischen Lebens in Deutschland wirkungsvoll und dauerhaft gestalten. Insbesondere strebt sie aus christlicher Verantwortung für Kirche, Staat und Gesellschaft an:

- christliche Grundwerte und Belange im akademischen Bereich zu verwirklichen und zu verteidigen,
- gemeinsame Anliegen katholischer

Studenten im öffentlichen Leben zu wahren und zu vertreten,

- Aufgaben der Kirche durch Mitwirkung im Laienapostolat zu fördern und zu erfüllen.

Die AGV koordiniert, unterstützt und fördert dabei die Vielfalt des Wirkens katholischer Studenten und sucht die Einheit in der Vielfalt nach innen und außen zu verdeutlichen.



**Arbeitsgemeinschaft  
katholischer  
Studentenverbände  
(AGV) e.V.**

Luisenstr. 36, 53129 Bonn

[www.agvnet.de](http://www.agvnet.de)

ISBN-10: 3-00-018477-5  
ISBN-13: 978-3-00-018577-2